

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 1,20 Mark, monatlich 1/3 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 1/3 Pfennig. Nach auswärts Portozuschlag.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birtenwerder, Bahnhof-Allee 6 und von allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Die Geschäftsstellen Preise betragen 6 Pfennig, die Reklamensätze 50 Pfennig.

Amtsbezirks-Arztzeiger und Zeitung

für Birtenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hofjagdbrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Sernspracher: Amt Birtenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetalbote, Birtenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationstraft für den Amtsbezirk Birtenwerder.

Anzeigenpreis für die neuangelegte Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklametzelle 20 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs.

Nr. 154.

Postfach-Konto: Berlin 62448

Donnerstag, den 30. Oktober 1924

Postfach-Konto Berlin 62448

23. Jahrg.

Der Amtsvorsteher Birtenwerder.

Die Reinigung der Spornsteine in Birtenwerder erfolgt vom 29. Oktober bis 6. November 1924.

Birtenwerder, den 29. Oktober 1924.

Der Amtsvorsteher: J. B. Pieper.

Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

Die Auszahlung der Quartiergebühren für die Einquartierung am 3. 9. 24 erfolgt vom 30. 10. bis 1. 11. 24 durch die Gemeindegewerben. Nicht abgebotte Beträge werden für Armenzwecke verwendet.

Wohnungsamt.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Sitzungen des Wohnungsamtes fortan im Sitzungssaal des Gemeindegewerben abgehalten werden.

Nächste Sitzung am Freitag, den 31. d. Mts.

Säuglingsfürsorge.

In der nächsten Säuglingsfürsorge wird Herr Dr. Witt zwecks ärztlicher Beratung zugegen sein. Die Hinzuziehung des Arztes zur Säuglingsfürsorge wird voraussichtlich beibehalten.

Die Sprechstunden sind alle 14 Tage Freitags 1-2 Uhr im Sitzungssaal des Gemeindegewerben. Nächste Sprechstunde am Freitag, den 31. d. Mts.

Bergfelde, den 29. Oktober 1924.

Der Gemeindevorsteher: Czjckowsky.

Hohen Neuendorf.

Der Amtsvorsteher macht bekannt:

Trunkenbold.

Den hier, Goethestraße 65, wohnhaften Arbeiter Wilhelm Drenowlak habe ich als Trunkenbold erklärt. Oskowitz und sonstige Alkoholverkäufer machen sich strafbar, wenn sie dem Drenowlak alkoholische Getränke verabfolgen und seinen Aufenthalt in den Schankräumen dulden.

Der Gemeindevorsteher macht bekannt:

November-Miete.

Die gesetzliche Miete für den Monat November bleibt unverändert (62 bezw. 68 Prozent der Friedensmiete).

Was gibt es Neues.

Zur Bildung von Kreiswahlvorschlägen für die Reichstagswahl hat der Reichsminister eine besondere Verordnung erlassen.

Reichsfinanzminister Dr. Brücher sprach in Hamburg über die Einwirkung der Zwangssteuer auf die Finanzlage Deutschlands.

Nach einer Meldung aus München ist das Verfahren gegen den Frontläufer jetzt auch auf den General Ludendorff eingeleitet worden.

Auf dem Zentrumsparteitag in Berlin bekannten sich alle Redner für die vom Reichskanzler Marx verfolgte Politik.

Bayern hat gegen die Zusammenfassung des Senats beim Prozeß gegen die Organisation Consul bei der Reichsregierung Protest erhoben.

Wittermeldungen aus Rom zufolge soll zwischen Italien und England ein Abkommen abgeschlossen worden sein, das Italien eine Konzession auf 33 Jahre in dem Bergwerksgebiet des Donets gewährt.

Aus der Wahlbewegung.

Die Bayerische Volkspartei für den Bürgerloos.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz beschäftigt sich in längeren Ausführungen mit den kommenden Reichstagswahlen und bezeichnet als deren Ziel:

Die Reichstagsauflösung ist das Ergebnis der zielbewußten Politik der Sozialdemokraten, eine Einigung der sozialistischen bürgerlichen Parteien auf ein gemeinsames Regierungsprogramm zu hintertreiben. Diese Hoffnungen der Sozialdemokraten zu zerschlagen ist oder sollte wenigstens die Hauptaufgabe aller nichtsozialistischen bürgerlichen Parteien in diesem Wahlkampf sein.

Die Bayern hoffen, daß sich die Mehrzahl der bürgerlichen Parteien auf diesem Boden zusammenschließen werden.

Dr. Wirth vor dem Zentrumsparteitag.

Im weiteren Verlauf des in Berlin abgehaltenen Zentrumsparteitages verteidigte der frühere Reichskanzler Dr. Wirth die bisherige Politik des Zentrums, wobei er u. a. ausführte:

Dem Reichskanzler müsse die Möglichkeit gegeben werden, seine bisherige Politik weiterzuführen. Dieses Problem sei nicht zu lösen mit der Frage, ob rechts, ob links, sondern nur durch die Einigung einer politischen Linie, die die Politik der Wirths gemäßliche. Die politische Linie des Kanzlers Marx sei vorgezeichnet gewesen durch die Arbeit seiner Vorgänger. Die Politik des Zentrums habe es ermöglicht, daß wir in der Welt Vertrauen gewinnen. Dieses Vertrauen sei abgänger von einer lokalen

deutschen Politik und von einer gestifteten Staatsform. Ein Wirren von der jetzigen politischen Linie wäre ein Unglück für die ganze Welt. Es gibt bei uns Meinungsverschiedenheiten, aber wenn wir uns verstehen wollen, dann zerreiben diese Meinungsverschiedenheiten wie Nebelschwaden. Der Zusammenbruch müßte kommen, wenn noch parteipolitischen Gesichtspunkten gehandelt würde. Nur das Gesamtergebn muß maßgebend sein. Wir sind über die Gefahren noch nicht hinweg, die der Außenpolitik des Reichskanzlers Marx droht haben. Es darf im Zentrum weder einen rechten noch einen linken Flügel geben. Die vom Zentrum beizulebende Politik ist gewiß mit Leiden und Opfern besetzt, aber nach einem verlorenen Weltkrieg gibt es keine andere Politik als die des leidenden Vaterlandes.

Am Schluß seiner Rede versicherte Dr. Wirth, das Zentrum werde seine ganze Arbeit für die Freiheit und Wohlfahrt Deutschlands einsetzen.

Zur Bildung der Kreiswahlvorschläge.

Zur Bildung von Kreiswahlvorschlägen bei der bevorstehenden Reichstagswahl wird seitens des Reichsministeriums des Innern folgendes mitgeteilt:

Nach dem Reichswahlgesetz müssen Kreiswahlvorschläge von mindestens 500 Wählern unterzeichnet sein. Anstelle von 500 Wählern genügen 20, wenn glaubhaft gemacht wird, daß mindestens 500 Wähler Anhänger des Wahlvorschlags sind. Der Reichsminister des Innern hat empfohlen, für die Parteien, die im letzten Reichstag durch Abgeordnete vertreten waren, diese Glaubhaftmachung ohne weiteres als erbracht anzusehen. In diesen Parteien zählen folgende:

Bayerische Volkspartei, Bayerischer Bauernbund, Deutsche Demokratische Partei, Deutsche Volkspartei, Deutsche Zentrumspartei, Deutschnationale Volkspartei, Deutschnationale Partei, Landliche Räte der Kommunisten, Nationalsozialistische Freiheitspartei, Sozialdemokratische Partei, Wirtschaftspartei der deutsch-hannoverschen Partei, Wirtschaftspartei.

Amerika und die Reichstagswahlen.

Wie der „Deutschen Zeitung“ aus New York gemeldet wird, sollen hervorragende dortige Finanzleute äußert haben, daß hinsichtlich der Gewährung von Krediten an deutsche Unternehmungen Zurückhaltung und Abwarten am Platze sei. Von den Reichstagswahlen wird in den gleichen Kreisen eine bürgerliche Zusammenfassung, eine Abgabe an den Sozialismus, die Stabilisierung der Friedensarbeitszeit und eine Politik der Anleihe bedeute nicht, daß Deutschland sich nun lediglich auf Amerika verlassen und auf eigenes Handeln verzichten könne.

Einheitsstimmzettel.

Auch für die Preußenwahlen werden jetzt amtliche Stimmzettel ausgeben. Aus Gründen der Übersichtlichkeit ist entschieden worden, daß zwei Stimmzettel, einer für die Reichstagswahl und einer für die Landtagswahl hergestellt werden. Bei der Wahlhandlung müssen beide Stimmzettel in denselben Umschlag gelegt werden. Die Stimmzettel für die Reichstagswahl und für die Landtagswahl werden sich durch die Farbe unterscheiden. Außerdem tragen die Stimmzettel den besonderen Ausdruck „Reichstagswahl“ bzw. „Landtagswahl“.

Verschiedene Nachrichten.

Reichskanzler Marx und der frühere Postminister Gieseler sollen, wie die „Köln. Volksztg.“ meldet, als Spitzenkandidaten für den Wahlkreis Düsseldorf der Zentrumspartei in Betracht genommen sein.

Reichsminister Dr. Brücher hat für die kommenden Wahlen folgende Spitzenkandidaten aufgestellt: Für die Reichstagswahlen Juliuszart Falkstein und Frau Wagner-Wachen, für die Landtagswahl den bisherigen hessischen Seminarlehrer Dr. Gottschall-Gummersbach und Frau Dr. Bohlkammer-Witten.

Reichsminister Dr. Brücher hat für die Reichstagswahlen in Schleswig-Holstein Graf Bernstorff unter Vorbehalt angenommen. An zweiter Stelle steht Juliuszart Falkstein-Altona.

Reichsminister Dr. Brücher hat für die Reichstagswahlen in Ostpreußen Graf Bernstorff unter Vorbehalt angenommen. An zweiter Stelle steht Juliuszart Falkstein-Altona.

Deutsches Reich.

— Berlin, den 29. Oktober 1924.

Severing über die Aufgaben der Polizei. Am 28. Oktober hat der in Berlin veranfaßte polizeimethodische Kongress die Aufgabe der preussischen Innenminister Severing eine Anfrage, in der er auf verschiedene Fälle der letzten Zeit zu sprechen kam, wo Zustimmungen von Polizeibeamten mißhandelt worden sind. Severing sagte: Was sich da ereignet habe, gehöre zu dem

schwärzesten Kapitel der Polizei. Das Wort „Anstifter“ sei nicht zu scharf für diese Leute, die unter Mißbrauch ihrer Amtsgewalt ihre sadistische Neigung am Publikum ausgelassen haben. Wie es in England und Amerika sei, so müßten auch wir dahin kommen, daß das Publikum den Polizeibeamten nicht als Feind und Mittel betrachte, sondern als den Schützling und den Freund des Volkes. Der Minister erklärte zum Schluß, daß er sich mit dem Kultusministerium in Verbindung setzen werde, damit dafür gesorgt werde, daß schon in den Schulen den Kindern eine ganz andere Vorstellung von den Aufgaben und dem Wesen der Polizei beigebracht wird.

Rechen und der „Consul“-Prozeß. Zu dem in voriger Woche vor dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik in Leipzig verhandelten Prozeß gegen Angehörige der Organisation „Consul“ läßt die bayerische Regierung amtlich folgendes erklären: „Für die Hauptverhandlung, die in der vorigen Woche vor dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik gegen die Mitglieder der Organisation Consul stattfand, ist nach Pressemitteilungen die Verurteilung der Richter in einer Weise erfolgt, die mit dem Abkommen zwischen der bayerischen Regierung und der Reichsregierung über die Bildung des süddeutschen Senats des Staatsgerichtshofes nicht vereinbar zu sein scheint. Die bayerische Regierung hat unverzüglich die erforderlichen Schritte bei der Reichsregierung unternommen.“

Eine Rechtfertigung für den Generaloberst v. Heeringen. Auf der berichtigten französischen Auslieferungsliste stand bekanntlich auch Generaloberst v. Heeringen, weil er angeblich im Jahre 1916 die Fällung von Bomben befohlen habe. Diese ohnehin schon zünftig unbillige Anschuldigung ist nunmehr gänzlich zusammengebrochen. Es liegt jetzt nämlich in dieser Ermittlungssache ein Befehl des dritten Strafsenats des Reichsgerichts vor, nach dem auf Antrag des Oberreichsanwalts das Verfahren auf Kosten der Reichskasse eingestellt wird. Die Begründung lautet: „Die Ermittlungen haben nicht den geringsten Anhalt für eine strafbare Handlung des Beschuldigten ergeben. Seine Verordnungen und Tagesbefehle ergeben nichts, was im Sinne der ganz allgemein gehaltenen und ohne Beweisanforderungen erbobenen Beschuldigungen geübt werden könnte. Er war im Gegenteil stets bemüht, die Härten des Krieges durch scharfe Manneszucht, Gerechtigkeit und wohlwollende Behandlung der Einwohner nach Möglichkeit zu mildern, das Eigentum der französischen Bevölkerung zu schützen und das Betreibungsweesen in geordnete Bahnen zu lenken. Gegen das Plündern insbesondere hat er strenge Verordnungen erlassen. Von verschiedenen Seiten wird gerade die Menschlichkeit seiner Kriegführung bezugt. Für Übergriffe einzelner — die übrigens auch nicht erwiesen sind — kann der Oberbefehlshaber einer Armee nicht verantwortlich gemacht werden. Der Senat erachtet die Anschuldigungen für widerlegt.“

„Haushaltsbolksbewußtsein“. Der bayerische Finanzminister Dr. Krausnick hat im Haushaltsausblick des Landtags zu den zahlreichen Steuererleichterungsanträgen für die bayerische Landwirtschaft Stellung genommen. Er drohte unverhüllt mit seinem Rücktritt, wenn die Parteien auf ihren Anträgen bestehen, da durch sie die Grundlagen des Staatshaushalts erschüttert würden und ein „Haushaltsbolksbewußtsein“ Platz greifen würde.

Zur Regelung des Unterrichtswezens. Der Ausschuß für das Unterrichtswezen, dessen Einsetzung in der vom Reichsministerium des Innern einberufenen Konferenz der Unterrichtsminister der Länder beschlossen wurde, wird in der zweiten Hälfte des November zusammenzutreten. Ein Entwurf für die Regelung des Ausschusses ist unmittelbar nach der Konferenz vom Reichsministerium des Innern vorgelegt und in einer von der Konferenz eingeleiteten kleineren Kommission besprochen worden. Er liegt nunmehr den Unterrichtsverwaltungen der Länder zur Genehmigung vor.



Herren- u. Burschen-Kleidung. Jetzt kaufen Sie am besten! Eleg. mod. gestreifte Anzüge v. 28.50 an, Reizen-Auswahl v. 25.— an, neuester Ulster v. 25.— an. Maassersatz, ein- und zweireihig. Gummimäntel, Joppen, Paletots, Sportpelze, Regen- zu staunend billigen Preisen. 20 Invalidenstrasse 20 1 Minute v. Siedener Bahnhof, neben Postamt 4.

Wilhelm Bindel, Berlin.